

02.07.2012 - Krise, Bewusstsein, Kämpfe? Wut, Empörung und Ohnmacht.

Zum Bewusstsein der Lohnabhängigen in der Krise

von Thomas Goes

Auch in Deutschland hat sich in den letzten Jahren so was wie Krisenbewusstsein herausgebildet; mitunter wird der eigene Betrieb inmitten der aktuellen Krisen als eine Art «sicherer Hafen» empfunden.

Früher oder später kommt es immer dazu. Leute, die andere Leute mobilisieren wollen, fragen sich, wie es eigentlich in deren Köpfen aussieht. Wieso wehren sich Erwerbslose, Festbelegschaften unter Druck oder LeiharbeiterInnen nicht in dem Maße, wie es sich linke Aktivisten wünschen? Stimmen sie vielleicht sogar zu? Finden sie das, was so empörend ist, vielleicht sogar gut?

Das ist heute angesichts der Wirtschaftskrise nicht anders als zu einem beliebigen anderen Zeitpunkt der vergangenen hundert Jahre. Praktisch wie theoretisch gehört die Frage nach den Bewusstseinsformen subalternen Bevölkerungsschichten zum Evergreen linker Diskussionen. Erinnerung sei nur an das theoretische Arsenal, das entwickelt wurde, um sie besser zu verstehen: Falsches Bewusstsein, notwendig falsches Bewusstsein, Integration der Arbeiterklassen ins System, Arbeiteraristokratie, die Gedanken der Herrschenden sind die herrschenden Gedanken... Gehört hat das wohl schon jeder und jede Linke einmal.

Glaube, Diagnose, Strategie

In der Regel ist die Frage danach, was in den Köpfen der anderen steckt, eine nach den Konfliktpotenzialen einerseits, der Wahrscheinlichkeit von Mobilisierung und somit aktiver Selbstbefreiung der sich Mobilisierenden andererseits. Die Antwort, die man darauf gibt, bestimmt ? auch das zeigt die Geschichte der Linken im 20. Jahrhundert ? nicht zuletzt, welche Strategien Linke sich zurecht legen. Dem Abschied von der Arbeiterklasse als Subjekt politischer Veränderungen lagen in der Vergangenheit und liegen in der Gegenwart nicht zufällig Diagnosen zu Grunde, die sie als sozial und politisch voll integriert sehen. Vielleicht ließe sich das mit einer Faustregel ungefähr so formulieren: Je geringer der Glaube an die Mobilisierungsfähigkeit der Menschen (und ihre Fähigkeit zur Selbstbefreiung), desto größer die Neigung zu Stellvertreterpolitiken und Formen der

Realpolitik, die versuchen, das Beste unter den bestehenden Verhältnissen herauszuholen ? denn mehr geht eh nicht.

Heute ist das nicht anders, auch, wenn man vergleichsweise wenig Gesichertes darüber weiß, wie Lohnabhängige die soziale Krise der vergangenen zwölf Jahre und insbesondere die ökonomische Krise der vergangenen dreieinhalb Jahre verarbeitet haben. Um so wertvoller sind empirische Befunde der jüngeren sozialwissenschaftlichen Forschung, die durchaus facettenreich zeigen, dass Lohnabhängige gar so widerspruchslos und integriert nicht sind. Im Gegenteil, es lässt sich ein hohes Maß an Ungerechtigkeitsgefühlen und Kritik an herrschenden Eliten ausmachen, einige Forscher sprechen sogar von einer Art gesellschaftsbezogenem Antikapitalismus ? der allerdings einhergeht mit dem Festhalten am eigenen Betrieb, der als Hafen in stürmischer See erscheint.

Normalisierung von Krisenerfahrungen

Was wissen wir also heute? Zunächst einmal scheint es so zu sein, als habe sich Krisenerfahrung normalisiert. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist zwar etwas Neues, ihre Bedeutung gewinnt sie allerdings vor dem Hintergrund permanenter betrieblicher Krisenerfahrungen. So zumindest sehen das Richard Detje u.a., die in ihrer Studie «Krise ohne Bewusstsein» gegenwärtige Reaktionen von Beschäftigten aus dem Organisationsbereich der IG Metall untersuchen.

Seit Jahrzehnten nehme der ökonomische Druck in den Betrieben zu. Was die Befragten erfahren, sei «ein Wettbewerbsregime, das sich durch permanente betriebliche Restrukturierungsprozesse mit neuen Prozess-, und Produktinnovationen, Standortverlagerungen, Outsourcing, Umdefinition von Kerngeschäftsfeldern usw. auszeichnet». Vor diesem Hintergrund wird die gegenwärtige Krise gedeutet. Laut den Verfassern der Untersuchung wird die Wahrnehmung der Wirtschaftskrise «maßgeblich gesteuert durch die jeweilige betriebliche Situation im eigenen Fall». Eine permanente Verunsicherung gehört demnach zum sich verfestigenden Bestand betrieblicher Alltagserfahrungen. «Krise» bedeutet für die Befragten zunächst einmal der erwähnte dauernde Druck und die «permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen». Anders gesagt: Über die Jahre ist eine Art krisengeprägter (kollektiver) Erfahrungsschatz entstanden, der die Verarbeitung der heutigen Wirtschaftskrise beeinflusst.

Diese Erfahrungen beschränken sich laut Detje u.a. aber nicht allein auf betriebliche Probleme, sondern entfalten sich zu Formen einer Legitimationskrise des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Gerade weil die unternehmerischen Eliten im eigenen Betrieb von den Befragten nicht für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht werden können, verschiebt sich die Kritik auf Gesellschaft, Staat und Politik.

Vorherrschend sei bei den Arbeitenden eine Grundhaltung der Wut und der Angst: «Wut auf die Banker, auf den Staat und die Politiker, und Angst, die eigene Existenz nicht mehr sichern zu können.» Vor dem Hintergrund früher erfahrener Verunsicherungen werden im Zuge der Wirtschaftskrise neue Angsterfahrungen gemacht, die sich mit einer Art Zukunftspessimismus verbinden.

Die als permanent gedeuteten betrieblichen Krisenprozesse münden, auch aufgrund nur geringen Zutrauens in die eigene Handlungsmacht, eher in Resignation. Diese Resignation bzw. die ihr zu Grunde liegenden Ohnmachtsgefühle speisen sich aus einem nüchternen Realitätssinn der Befragten, aus einer «realistischen Einschätzung der ökonomischen Abhängigkeiten und der sozialen Macht- und Kräfteverhältnisse». Insbesondere die Legitimationsprobleme von Staat und Politik werden durch Ohnmachtsgefühle und fehlendes Orientierungswissen blockiert. Typisch sei eine Art Hin- und Herwechseln zwischen «abstrakter Protestorientierung und konzessionsförderlichen Ohnmachtserfahrungen».

Trotz des kritischen Untertons lesen sich diese Befunde ermutigend. Immerhin: Da soll es Legitimationsprobleme von Staat und Politik, ja, des Wirtschaftssystems, geben. Was Detje u.a. damit indirekt aber auch sagen: Mobilisierungen, kollektive Kämpfe scheitern nicht so sehr an der Hegemoniefähigkeit der unternehmerischen Eliten, die die Beschäftigten in betriebliche (und wirtschaftssektorale) Bündnisse einbinden. Im Gegenteil, es sind laut Verfasser eher fehlendes Orientierungswissen und verbreitete Ohnmachtsgefühle, die verhindern, dass aus Wut und Empörung Widerstand wird.

Schlechte Gesellschaft, guter Betrieb?

Genau an dieser Art von «kritischem Optimismus» darf man zweifeln, wenn man ergänzend Forschungsergebnisse einer Forschergruppe der Universität Jena zur Hand nimmt. Die Jenaer Soziologen Hajo Holst, Ingo Matuschek und Klaus Dörre entwickeln in ihren Veröffentlichungen die plausible Annahme, dass der Betrieb vor dem Hintergrund einer gleichzeitig bei den befragten Beschäftigten rekonstruierbaren Empörung über gesellschaftliche Entwicklungen als eine Art «sicherer Hafen» in einer ansonsten

stürmischen ? gesellschaftlichen ? See wahrgenommen wird.

Während sich also eine Art gesellschaftsbezogener Antikapitalismus herausbilde, entfalte der Betrieb trotz Konflikterfahrungen gleichzeitig eine größere Integrationskraft. Die entsprechende Orientierung der Beschäftigten, die Dörre, Holst und Matuschek auf der Basis quantitativer und qualitativer Befragungen herausarbeiten, fassen sie bündig im Slogan «Schlechte Gesellschaft, guter Betrieb» zusammen. Damit wollen sie zwar nicht unterstellen, es gäbe so etwas wie eine harmonisches Betriebsbewusstsein, klar ist aber die im Befund ebenfalls enthaltene Implikation, dass Beschäftigte im Konfliktfall eher zurückhaltend sein dürften, um den eigenen Rettungsanker nicht zu verlieren.

Nun steht natürlich beides nicht im Widerspruch, die Jenaer Befunde lassen sich richtig verstanden ergänzend zu denen von Detje u.a. lesen. Aus marxistischer Perspektive überrascht es auch kaum, dass Beschäftigte sich möglicherweise an den Strohhalm «eigener Betrieb» klammern. Die Marktkonkurrenz wirkt eben disziplinierend. Insofern ließe sich die Dichotomie positiverer betriebsbezogener und gesellschaftskritischer Einstellungen eher als eine wichtige Erweiterung der oben dargestellten Befunde lesen. Denn auch dann, wenn der eigene Betrieb als Krisenzusammenhang erfahren wird, mag nicht nur das Gefühl der eigenen Ohnmacht Protest blockieren. Möglicherweise sind es auch Varianten der gängigen Alltagsweisheit, dass es woanders auch nicht besser ist und allemal «besser als Hartz IV».

Der Betrieb ? ein zentraler Ort

Befunde meiner eigenen empirischen Forschung, das sei noch hinzugefügt, zeigen im Übrigen, dass ? gerade in den von mir untersuchten prekären Sektoren ? Gesellschaftskritik auch mit harscher Betriebskritik einher gehen kann. Der betriebliche Arbeitsplatz mag dann immer noch ein Strohhalm sein, an den sich geklammert wird, betriebliche Konflikte werden aber zugleich zu einem Unruheherd im eigenen Leben. Nicht nur die Gesellschaft ist ungerecht, auch die betrieblichen Verhältnisse sind es.

Worauf aber auch meine empirischen Ergebnisse aufmerksam machen: Die dennoch bestehenden Ohnmachtsgefühle und die Orientierung an den «normalen» Formen der Interessenpolitik («das muss die Gewerkschaft machen, oder die Politik») ? zusammen mit der Weisheit, dass unsichere und schlecht bezahlte Arbeit immer noch besser sind als gar keine Arbeit ? blockieren Mobilisierungspotenziale.

Diese Schlaglichter sollen genügen. Sie zeigen, was sich unter der ruhigen Oberfläche des deutschen Krisenkorporatismus bewegt. In Protesten oder wenigstens in Wahlerfolgen der Partei Die Linke, die derartigen Unzufriedenheiten am ehesten Ausdruck verleihen könnte, drückt es sich bisher nicht oder nicht mehr aus. Warum das so ist, ist eine andere Frage. Sicher scheint mir aber zu sein, dass linke Politik, die sich nicht bemüht, sich im (betrieblichen) Alltag zu verankern, um Ohnmachtsgefühle und damit Mobilisierungsblockaden überwinden zu helfen, sich der einzigen Chance beraubt, eine neue gesellschaftliche Hegemonie zu schaffen. Zugegeben ist das eine linke Binsenweisheit, die aber angesichts des oben Gesagten nicht weniger wahr wird.

Thomas Goes ist Sozialwissenschaftler in Jena.